

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dietrich Sperling MdB  
zur zweiten Enteignung  
in Ostdeutschland:  
Menschenwürde zum  
Nulltarif, es zählt das  
Eigentum.

Seite 1

Christoph Zöpel MdB  
zur Integration von Ost  
und West: Auf dem  
Weg in ein demokrati-  
sches Gesamt Europa  
(Teil I).

Seite 2

Gert Weißkirchen MdB  
würdigt die Abstim-  
mungsergebnisse im  
Baltikum als Beweis für  
den Unabhängigkeits-  
willen der von Hitler  
und Stalin als Beute  
aufgeteilten Nationen.  
Das Völkerrecht ist auf  
ihrer Seite.

Seite 4

### Dokumentation

ASF-Aufruf zum Inter-  
nationalen Frauentag  
1991.

Seite 5

46. Jahrgang / 45

6. März 1991

## Zu Lasten der Menschenwürde, es zählt das Eigentum Zur zweiten Enteignung in Ostdeutschland

Von Dietrich Sperling MdB

Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unan-  
tastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatli-  
chen Gewalt."

Daran hat sich die SED nie gehalten. Bildungswege und Berufsaus-  
übung vieler BürgerInnen der ehemaligen DDR wurden verbaut und  
gestört, Menschen in Gefängnissen, Lagern und Ämtern erniedrigt, ihre  
Lebensplanung beiseitegeschoben, sie wurden gehetzt und mißachtet.

Nun regiert Bonn - ist alles anders? Viele fühlen sich auf ihren Ar-  
beitsplätzen nicht mehr sicher, sie dürfen nicht nur nach Westen pen-  
deln, manche müssen es auch. Andere fürchten Arbeitslosigkeit, viele  
erleben sie bereits.

Die alten Seilschaften, ob SED oder Blockflöter arrangieren das Leben  
für sich. Wer fürs Regieren durch Bonn einst auf die Straße ging, muß  
sich ducken, sonst verliert er/sie den Arbeitsplatz.

Worum kümmert sich Bonn? Um die Rückgabe des Eigentums, auf das  
jemand einen dinglichen Titel haben könnte oder gar hat!

In der Tat, die SED hatte enteignet, auf Teufel komm raus. Und der  
scheint noch immer draußen zu sein: jetzt muß zurücküberignet wer-  
den, auch wenn die Arbeitslosigkeit dabei zum Himmel schreit.

Hatten die aus Bildungs- und Berufswegen Verdrängten die erste  
'Enteignung' ihrer Menschenwürde durch die SED erfahren, dann er-  
leben sie nun die zweite durch Reprivatisierung. Die Heiligkeit des  
(dinglichen) Eigentumsschutzes durch Artikel 14 Grundgesetz rangiert  
weit vorm Schutz der Menschenwürde des ersten Artikels.

Ein anständiger Regierungsstützer im Westen kann sich gar nicht vor-  
stellen, daß hier ein Konflikt liegt. Reprivatisierung ist die höchste Form  
der Wiederherstellung der Menschenrechte - so darf man CDU/CSU  
und FDP getrost verstehen.

Aber um jedes Eigentumsrecht entspinnt sich ein Streit. Auf jedes ent-  
flochtene Konzernstück hat jemand ein Anrecht, auch wenn es schwer  
nachweisbar ist. Manchmal haben zwei oder drei Personen Anrechte  
und machen sie geltend. Millionen solcher Geltendmacher gibt es  
schon. Sie werden lange streiten können. Bonn kümmert sich um die  
Einkommen vieler Juristen im Voll- und Nebenwerb und nach ihrer  
Pensionierung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verzinslicher Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Rohöl, Gas, Papier



Wenn das so weitergeht, wird die ehemalige DDR zum perfektesten Rechtsstreitstaat aller Zeiten ausgebaut. Und das alles zu Lasten der Menschenwürde: denn Arbeitslosigkeit steigt, wenn der Rechtsstreit um die Investitionsmöglichkeiten tobt.

Wann wird die Bonner Regierung begreifen, daß da nicht eine Agrargesellschaft umzuwandeln ist, sondern eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft? Und in der kann der Kampf ums dingliche Eigentum den Verlust der Menschenwürde jener bedeuten, die keine Eigentümer im herkömmlichen Sinne sind.

Da glaubte man, eine Ideologie beseitigen zu müssen, als die ehemalige DDR zusammenbrach. Nun erleben wir, daß die Herstellung menschenwürdigen Lebens (ohne Massenarbeitslosigkeit) an einer anderen Ideologie scheitert: daß Reprivatisierung wichtiger ist als Privatisierung mit Entschädigung. Dahinter steckt eine Eigentumsideologie: Für die Dienstleistungsgesellschaft heißt das: Nichtleistung soll sich trotzdem lohnen.

Ausbeutung und Spekulation - war da was? Ist da was? Heilig ist Bonns Regierenden nicht die Menschenwürde, heilig ist ihnen das Eigentum. An ihren Gesetzgebungstaten sollt ihr sie erkennen: Spekulanten aller deutschen Länder, bereichert euch!

(-/6. März 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Auf den Weg in ein demokratisches Gesamteuropa (Teil I) Gedanken zur Integration von Ost und West

Von Dr. Christoph Zöpel MdB  
Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Über das ferns Ziel besteht ein wohlwollender Konsens: Ein Europa zu schaffen, das auf demokratischen Grundwerten, auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und auf föderativen Strukturen aufbaut. Es wird aber nur erreicht werden können, wenn die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den europäischen Staaten miteinander verträglich verlaufen. Das gilt zunächst für die Entwicklungen in der Sowjetunion sowie den ost- und mitteleuropäischen Staaten selbst, das gilt dann für die politische und ökonomische Verflechtung dieser Staaten in eine gesamteuropäische Entwicklungsdimension.

Die Chance dieses Europa zu schaffen, ist entstanden als Folge der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion sowie den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Historische Bedingungen dieser Veränderungen sind:

- die wachsende technologische Lücke zwischen den marktwirtschaftlich-demokratischen Staaten des Westens und den verwaltungswirtschaftlich-kommunistischen Staaten des Ostens;
- das Entstehen einer globalen Informationsgesellschaft.

Die wachsende technologische Lücke ist die Folge übermäßiger wirtschaftlicher Zentralisierung, eines reglementierten Wissenschaftsbetriebes, internationaler Abschottung. Sie führte zu ökonomischem Zurückbleiben und ökologischen Verwüstungen; das zog im politischen Bereich Informationsunterdrückung im Innern und Freiheitsbeschränkungen nach sich.

Die globale Informationsgesellschaft bewirkte Durchlässigkeit für Informationen von außen, ermöglichte damit den Vergleich mit den Verhältnissen im Innern und förderte sowohl freiheitsrechtliche, also politisch und materielle, also wirtschaftliche Erwartungen.

Damit ist für die östlichen, ehemals kommunistischen Staaten die Erwartungsperspektive entstanden, die für die gesellschaftlichen Verhältnisse in den westlichen, demokratischen Staaten realisiert und bereits konstitutiv ist: die wechselseitige Abhängigkeit von politischer Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist eine unverzichtbare Bedingung; und damit Richtschnur des allgemeinen und wirtschaftspolitischen Handelns, für eine gesamteuropäische Integration.

Die Entwicklung in der Sowjetunion und in den ost- und mitteleuropäischen Staaten seit 1985 zeigt, daß politische Reformen hin zur Demokratie - Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Parteienkonkurrenz - schneller und einfacher zu verwirklichen sind als Wohlstandssteigerungen. Fühlbare materielle Verbesserungen für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Ergebnisse langfristiger struktureller und institutioneller ökonomischer Veränderungen und kontinuierlicher Wachstumsprozesse.

Politische Reformen sind dabei offensichtlich in einzelnen Staaten möglich. Das fördert die Tendenz zur Betonung des Nationalstaates, ja partiell zur Zersplitterung bestehender Staaten durch traditionelle nationalistische Bestrebungen.

Ökonomisch sind aber Nationalstaaten nicht souverän, sie sind wirtschaftlich eng verflochten und die angestrebte Steigerung des Wohlstands ist nur im Rahmen dieser übernationalen Verflechtungen möglich.

So sind Konflikte zwischen nationalstaatlicher Politik und übernationaler wirtschaftlicher Verflechtung eine bereits sichtbare Gefahr für die weitere gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion und den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Dieser Gefahr muß die gesamteuropäische Integrationspolitik begegnen.

## II.

Der Weg zu einem gesamteuropäischen Wirtschaftsraum bedeutet

1. zunehmende Verständigung über die Elemente einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung
  2. Abstimmung zwischen den unterschiedlich intensiven Integrationsformen der europäischen Staaten
  3. Vermeidung eines gefährlichen Wohlstandsgefälles zwischen an der Europäischen Gemeinschaft orientierten Staaten und der Sowjetunion
  4. Einordnung Europas einschließlich der Sowjetunion in die Weltwirtschaft
1. Eine gemeinsame Wirtschaftsordnung für den gesamteuropäischen Wirtschaftsraum

In der Sowjetunion sowie in den ost- und mitteleuropäischen Staaten wurden die Formen der zentralen Verwaltungswirtschaft zunehmend beseitigt und das Übergewicht staatlichen Eigentums schwindet. An seine Stelle tritt eine gemischte Wirtschaftsordnung, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken. Unternehmerisches Engagement am Markt und rechtlich gesichertes Privateigentum einerseits, staatliche Rechtssetzung, ökologische Gefahrenabwehr, sozialstaatlicher Ausgleich, leistungsfähige Infrastruktur und öffentliche Verwaltungen andererseits müssen entwickelt, gefördert oder modernisiert werden.

Die rechtsstaatlichen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung müssen zwischen den europäischen Staaten gegenseitig anerkannt, harmonisiert und letztlich vereinheitlicht werden.

Der Rahmen für die Vermeidung ökologischer Gefahren, sozialer Diskrepanzen und Benachteiligungen sowie ökonomischen Machtmißbrauchs muß gesamteuropäisch werden; globale Umweltkatastrophen, europaweite Armutswanderungen und multinationale Konzerne bestimmen andernfalls die gesamteuropäische Wirklichkeit.

Das Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vom April 1990, das durch die Erklärung des KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs in Paris im November 1990 bestätigt wurde, ist die Grundlage einer derartigen gemeinsamen Wirtschaftsordnung. Diese Grundlage muß weiterentwickelt und konkretisiert werden. Das gilt auch besonders für die Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas sowie für die Aufgaben der anderen daran beteiligten europäischen und internationalen Organisationen und Institutionen.

Diese europaweit angestrebte Wirtschaftsordnung ist die entscheidende Voraussetzung für die notwendige Wohlstandssteigerung in der Sowjetunion und den ost- und mitteleuropäischen Staaten, da andernfalls eine Rückkehr zu undemokratischen Systemen und Armutswanderungen zu erwarten sind.

Die notwendigen Wohlstandssteigerungen in diesen Staaten lassen sich für einen längeren Zeitraum nur durch deutlich höhere wirtschaftliche Wachstumsraten erreichen, als sie für die westeuropäischen Staaten zu erwarten sind. Die Wachstumspolitik dieser Staaten muß durch die europäische Wirtschaftspolitik unterstützt werden. Das bedeutet vor allem:

- Förderung der technologischen Entwicklung, durch Transfer von technischem und organisatorischem Know-how sowie Hilfe bei der Qualifizierung.
- Absicherung privaten Transfers,
- öffentliche Finanzhilfen für den Ausbau und die Modernisierung von Infrastruktur und öffentlicher Verwaltung,
- Schuldenerlaß beziehungsweise günstige Umschuldung.

(den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/6. März 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Die Kinder von Perestrojka und Glasnost.** **Das Baltikum: Zeichen für den Umbruch in der Sowjetunion.**

von Gert Weisskirchen, MdB

Die Volksabstimmungen im Baltikum sind überwältigend ausgefallen. Nach dem ärmlichen Endergebnis haben die Stimmberechtigten zu 87,57 Prozent in Lettland ihr Entscheidungsrecht wahrgenommen. Danach haben 73,68% mit ihrem Ja die Unabhängigkeit befürwortet. 1,64% gaben ungültige Stimmen ab, und ein Nein haben 24,7% gewählt. Estland hat vergleichbar abgestimmt. Als sensationell ist die Willensbekundung der russischsprachigen Einwohner zu bezeichnen. Mit einer deutlichen Mehrheit votierten auch sie für demokratische und unabhängige Republiken.

Die Menschen in Estland, Lettland und Litauen haben die Legenden des Moskauer Zentrums widerlegt. Kein militänter Nationalismus, keine kulturelle Arroganz bewegt sie. Sie wollen nur ihre Freiheit.

Das Völkerrecht ist auf ihrer Seite. Und sie streiten für die Demokratie. Mit beinahe naiver Hartnäckigkeit bestehen sie auf ihrem Willen, sich von der als bedrückend empfundenen Dominanz des Machtzentrums der Sowjetunion zu lösen. Sie unterscheiden sich in den Mitteln, die sie bereit sind, im Kampf der Meinungen einzusetzen, nicht aber im anzustrebenden Ziel.

Deutschland, als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, trägt mit der Sowjetunion die gemeinsame politische Verantwortung für das Schicksal des Baltikums. Hitler und Stalin hatten die Freiheit der Balten als Beute unter sich aufgeteilt. Nach der überwältigenden Bekundung des Willens aller baltischen Republiken, auf ihrem Weg zur europäischen Zukunft weiter zu gehen, ist es an der Zeit, konstruktive neue Antworten auf offene Fragen der künftigen Neuge-

staltung unseres Kontinents anzugehen. Werden diese Fragen im Geiste der gegenseitigen Verständigung, in einem Klima auf der Suche nach einem fairen Ausgleich der Interessen behandelt und mit dem strikten Verzicht auf die Anwendung von Gewalt auch im Innern, dann kann auch der Angst vor dem Bedeutungsverlust, die im Zentrum der Sowjetunion um sich greift, begegnet werden.

Die Entscheidung im Baltikum für Freiheit, für Demokratie und für Unabhängigkeit wird andere Republiken in der Sowjetunion ermutigen. Von den Republiken und von unten erneuert sich die Sowjetunion. Michail Gorbatschow wird sich fragen, ob es klug ist, sich diese neuen sozialen Bewegungen zum Gegner anwachsen zu lassen. Trotz ihrer inneren Widersprüchlichkeit stellen sie die Hoffnung auf Veränderung dar. Sie sind die Kinder von Perestrojka und Glasnost. Sie sind aufgebrochen, mit uns Europa zu gestalten. Wir sollten auf sie zugehen.

(-/6. März 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Frauen für Frieden und soziale Gerechtigkeit**

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) hat einen Aufruf zum Internationalen Frauentag 1991 veröffentlicht, den wir dokumentieren.

Erschüttert stehen wir Frauen ein weiteres Mal in der blutigen Geschichte der Menschheit vor den Früchten eines Krieges. Wie seit jeher waren Frauen von den Streitigkeiten, den Gesprächen, den hohen Resolutionen und den schlaunen diplomatischen Verhandlungen ausgeschlossen. Wenn es stimmte, daß dieser Krieg unvermeidlich war, dann wäre auch der nächste Weltkrieg unvermeidlich. Denn nicht der Krieg hat Saddam vom Einsatz seiner Chemiewaffen abgehalten. Nicht Krieg hindert ihn und andere Diktatoren, ein Potential von Atomwaffen aufzubauen. Nur ein entschlossener, ein gestalteter Friede kann das. An ihm können, wollen und müssen Frauen mitwirken. Wir, die Frauen in der SPD, wollen entschlossener noch als vorher die Parole von Bertha von Suttner in die Welt tragen: "Nie wieder Krieg!"

(\* \* \*)

**Frauen sind die Verliererinnen der Vereinigung Deutschlands.**

Sie sind es, die die Hauptlast der Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zu tragen haben. Frauen werden wie überall als erste entlassen und als letzte wieder eingestellt. Mädchen finden keine Ausbildungsplätze.

Kindergärten, Kinderkrippen werden geschlossen, weil Länder und Kommunen sie nicht finanzieren können und die Bundesregierung noch nicht einmal ihre Garantie für diese Einrichtungen bis Mitte 1991 zügig einlöst. Und dabei versprechen CDU/CSU und FDP doch ein Recht auf Kindergartenplatz für alle Kinder, nicht nur die in der ehemaligen DDR, auch für die in der alten Bundesrepublik. Koalitionspapier ist geduldig. Und die Last tragen erst einmal die Frauen in den neuen Ländern. Das Sterben der Kinderkrippen und Kindergärten paßt ins Konzept: Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern müssen, treten nicht als lästige Konkurrenz am Arbeitsmarkt an.

Keinem wird es nach der Einheit schlechter gehen, hat der Bundeskanzler gesagt, aber vielen besser. "Keinem": damit hat er nicht nur von einem Mann geredet, sondern er hat auch allenfalls Männer gemeint.

Die Rentnerinnen zwischen Saßnitz und Plauen müssen befürchten, daß ihnen zum Jahresbeginn 1992 der Rentenanspruch erheblich gekürzt wird. Die Anrechnung der Kindererziehungszeiten, Sockelbeträge entfallen. Die eigenständige Rente wird abgebaut. Nur in ihrer Eigenschaft als Witwe wird die Frau wieder ernst genommen.

Wir, die Frauen in der SPD, lassen uns das nicht gefallen.

Wir wollen erreichen,

- daß Frauen überall in Deutschland der gleiche Zugang zu Ausbildung und Erwerbsarbeit garantiert wird wie Männern;
- daß die Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern erhalten und verbessert werden, mit Bundesmitteln;
- daß es nach der Vereinigung keiner Frau schlechter gehen soll - schon gar nicht der Rentnerin, die im Alter noch einmal die entgangenen Lebenschancen vor Augen geführt bekommt;  
wir wollen eine eigenständige Rente für alle;
- daß der erklärte Wille der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern und in der alten Bundesrepublik respektiert wird: keine Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, aber Hilfen für Frauen, Schwangere, Kinder und Familien.

( \* \* \* )

Wir, die Frauen in der SPD, haben Erfahrung im Kampf gegen die Spaltung durch unterschiedliche Lebensbedingungen. Auch in der alten Bundesrepublik sind gleiche Chancen für Frauen und Männer noch lange nicht erreicht.

Wir wollen,

- daß jedes Kind im Alter von drei bis sechs Jahren das Recht auf seinen Kindergartenplatz bekommt und seine Eltern damit die Voraussetzung für ihr Recht auf Arbeit;
- daß für alle, die es wünschen, Krippen und Horte bereitstehen, wie es in fast allen Ländern des europäischen Kontinents selbstverständlich ist;
- daß Frauen auch im Westen nicht mehr als Reservearmee für den Arbeitsmarkt mißbraucht, sondern in Ausbildung und beruflichem Fortkommen so lange gezielt gefördert werden, bis sie den Stand der Männer erreicht haben;
- daß Frauen im öffentlichen Leben endlich der Platz gegeben wird, der ihnen zukommt.

Wir Frauen in der SPD haben gezeigt, daß viel erreicht werden kann. Wir haben uns in unserer alten Traditionspartei durchgesetzt. Zum ersten Mal haben wir dank der Quote 27 Prozent Frauen im Bundestag, die Landes- und Bezirksvorstände sind fast zur Hälfte mit Frauen besetzt, der Parteivorstand zu 36 Prozent. Bezirke und Landesverbände werden von Frauen geführt. Wir werden nicht lockerlassen, bis überall Männer und Frauen gleichermaßen mitbestimmen, nicht nur in der SPD. Nur so geraten die Interessen der Frauen nicht unter den Schlitzen.

( \* \* \* )

In der DDR war der 8. März, der Internationale Frauentag, kein Kampftag, sondern Anlaß für artige Blumen- und Pralinengeschenke, als Anerkennung für die artigen werktätigen Muttis. In diesem Jahr werden viele Blumensträuße ausfallen. Darum trauern wir nicht. Von jetzt an pflücken wir Frauen die Blumen selber.

(-/6.3.1991/ru/ks)

\*\*\*\*\*